



Abstimmung 18. Mai: Bürgerliche wollen Steuern senken und Mittelstand stärken

2025-03-19,
Mathias Küng

Für die Volksabstimmung vom 18. Mai 2025 über die Revision des Aargauer Steuergesetzes hat sich ein breit abgestütztes Ja-Komitee gebildet. Das Komitee setzt sich laut einer Mitteilung dafür ein, "dass Steuerzahlerinnen und Steuerzahler im Aargau gezielt entlastet werden". Im Fokus stehe insbesondere der Mittelstand. Familien, Berufstätige, Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer sowie Vereine und Stiftungen sollen gezielt entlastet werden. Damit werde der Wohn- und Arbeitsplatz Aargau gestärkt und die Kaufkraft der Bevölkerung erhöht, so das Komitee.

FDP, SVP, Die Mitte, GLP, EDU, AGV, AIHK und HEV Aargau für ein Ja

Die Kantonalparteien von FDP, SVP, Die Mitte, GLP, EDU, Jungfreisinnigen, Junge SVP, Junge Mitte und Junge GLP haben deshalb gemeinsam mit dem Aargauischen Gewerbeverband (AGV), der **Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK)** und dem Hauseigentümerverband Aargau ein Ja-Komitee gegründet, dem bereits über 80 Personen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft angehören.

Steuersenkungen sind überfällig. Gemeinsam setzen sich die Komiteemitglieder für ein Ja zur Steuergesetzrevision ein. Mit der Revision sollen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahlen im Kanton Aargau entlastet werden. Dies sei angesichts der finanziellen Situation des Kantons mehr als angebracht, heisst es in der Mitteilung weiter. Der Kanton verfüge ja über mehr als eine Milliarde Franken Reserve.

Familien entlasten

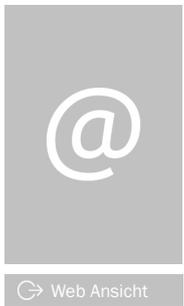
In einem Umfeld, in dem der Kostendruck stetig steigt, sei eine Entlastung der Familien angezeigt. In der Steuergesetzrevision wird dies gleich zweifach getan: Einerseits mit der Erhöhung des Abzugsbetrags für die Kinderdrittbetreuung, andererseits mit der deutlichen Anhebung der Kinderabzüge.

Wohneigentümerinnen und -eigentümer nicht noch mehr zur Kasse bitten

Aufgrund der Erhöhung der Vermögenswerte als Folge der Neuschätzung aller Liegenschaften und der Erhöhung des Eigenmietwerts auf 62 Prozent der Marktmiete resultieren bei Kanton und Gemeinden Mehrerträge in der Höhe von rund 190 Millionen Franken. Geld, das der Kanton gar nicht benötigt und das zurückfliessen soll, so das Komitee. Durch die Anhebung des Vermögensfreibetrages und der Senkung der Vermögenstarife werden Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer, die aufgrund der erhöhten Vermögenswerte ansonsten deutlich höhere Steuern zahlen müssten, entlastet.

Werkplatz Aargau stärken

Die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Aargau hänge entscheidend von der Attraktivität der Rahmenbedingungen für Unternehmen ab. In der aktuellen Steuergesetzrevision wird der maximale Abzug für berufsorientierte Aus- und Weiterbildungskosten deutlich erhöht, was Weiterbildungen attraktiver macht und dem Fachkräftemangel entgegenwirkt. Zudem stärke die Erhöhung des Kinderdrittbetreuungsabzuges die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, so das Komitee weiter, "was dem Aargau als Wohnkanton und damit auch den Unternehmen als potenzielle Arbeitgeber zugutekommt".



Geld soll zurück an Bevölkerung fließen, so das Ja-Komitee.